

Parkgebühren in Deutschland sind Autofahrer-freundlich

Abfrage der stündlichen Parkgebühren in über 100 Städten

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat alle deutschen Großstädte sowie mindestens die fünf größten Städte jedes Bundeslandes nach ihren Plänen zum Parkraummanagement befragt und wird die Ergebnisse nach und nach veröffentlichen. **In dieser Untersuchung werden die Parkgebühren pro Stunde im öffentlichen Raum dargestellt.** Für Anwohnerinnen und Anwohner gibt es oft eine Ausnahmegenehmigung von der Gebührenpflicht in Form eines Anwohnerparkausweises.

Forderung der DUH

Die DUH fordert die Einführung flächendeckender Parkraumbewirtschaftung in den Städten. Kostenloses Parken am Straßenrand muss der Vergangenheit angehören und durch Mindestgebühren zur Nutzung des öffentlichen Raums ersetzt werden. **Eine Stunde Parken sollte laut DUH mindestens so viel kosten wie ein Einzelfahrschein für den ÖPNV** – in zentralen Lagen auch deutlich mehr. Die Einnahmen aus den Parkgebühren müssen in den Ausbau von Bus und Bahn sowie Rad- und Gehwegen fließen.

Hintergrund der Forderung

Die einseitige Verteilung des Straßenraums zugunsten des Autos ist vor allem in den Städten und Gemeinden ein großes Problem, da hier der öffentliche Raum besonders knapp und wertvoll ist. Flächen zum Spielen, Flanieren und Verweilen sowie Parks und Grünflächen werden immer weniger. Beispielsweise in Berlin ist sechs Mal mehr Verkehrsfläche für parkende Autos als für den Radverkehr vorgesehen. Dazu sind die zahlreichen zugestellten Flächen und Straßen ein erhebliches Sicherheitsrisiko – vor

allem für Kinder. Laut der Unfallforschung der Versicherer (UDV) stehen fast ein Fünftel aller innerörtlichen Rad- und Fußverkehrsunfälle im direkten oder indirekten Zusammenhang mit parkenden Kfz. **Damit Städte und Gemeinden endlich den Raum für Menschen zurückerobern können, muss für Verkehrsteilnehmende, die mit dem ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind, deutlich mehr Platz geschaffen werden. Ein zentraler Hebel hierbei ist die angemessene und flächendeckende Preisung von Parkraum.** Es ist wissenschaftlich belegt, dass dadurch die Nachfrage nach Parkraum sinken wird und vor allem für kurze Strecken andere Verkehrsmittel attraktiver werden. Das wiederum führt zu einer Reduktion der Lärmbelastung und Verbesserung der Luftqualität für alle.

Steigende Parkgebühren sind nicht sozial ungerecht. Während Bus und Bahn Jahr für Jahr teurer wurden, blieben die Parkgebühren oft über Jahrzehnte unverändert niedrig. Dabei besitzen Menschen mit niedrigem Einkommen viel seltener ein eigenes Auto als Wohlhabende und sind häufiger auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Das betrifft ebenso Kinder, Jugendliche, ältere oder mobilitätseingeschränkte Personen und Menschen mit Kinderwägen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Abfrage hat ergeben, dass keine der 104 Städte ein Parkkonzept hat, das eine Lenkungsrichtung für mehr Bus und Bahn sowie weniger Autos entfalten kann. Nur Heidelberg und Osnabrück verlangen Mindestparkgebühren in angemessener Höhe entsprechend der Kosten für einen Einzelfahrschein im ÖPNV. Dennoch wird auch in diesen Städten der Parkraum nur in der Nähe der Innenstadt bewirtschaftet. Eine Ausweitung aufs gesamte Stadtgebiet ist dringend notwendig. In 73 der 104 abgefragten Städte kann man selbst in kostenpflichtigen Parkzonen für 1 Euro oder weniger pro Stunde parken. In 27 der 104 abgefragten Städte gibt es die Möglichkeit, selbst in

bewirtschafteten Zonen für kurze Zeit kostenlos zu parken. Das ist ein Anreiz für unnötige Autofahrten, die auch zu Fuß oder mit dem Rad erledigt werden können. Die Städte Koblenz und Frankfurt an der Oder schneiden besonders schlecht ab. Hier kann schon ab 25 Cent pro Stunde geparkt werden. Auch in Chemnitz, Cottbus, Duisburg, Magdeburg, Neubrandenburg und Stralsund wird der öffentliche Raum für nur 50 Cent bis maximal 1 Euro pro Stunde verschertelt. In St. Ingbert kann sogar stadtweit kostenlos geparkt werden.

Beispielhafte Einordnung der Ergebnisse

Heidelberg und Osnabrück

Die Abfrage der DUH hat ergeben, dass nur Heidelberg und Osnabrück Mindestparkgebühren in angemessener Höhe verlangen. Die DUH begrüßt die erhobene Gebühr von jeweils 3 Euro pro Stunde, die den durchschnittlichen Kosten für einen Einzelfahrschein im ÖPNV entspricht. In beiden Städten gilt diese Gebühr jedoch nur für kleine, begrenzte Gebiete. Osnabrück begrenzt den gebührenpflichtigen Bereich sogar nur

auf die Innenstadt und den Bahnhofsvorplatz. Das bedeutet, im ganzen restlichen Stadtgebiet kann der öffentliche Raum kostenlos zugeparkt werden.

Stuttgart

Die Maximalgebühren für das Kurzzeitparken sind deutschlandweit mit 4,60 Euro pro Stunde in Stuttgart am höchsten. Die DUH begrüßt diese Gebührenhöhe, da durch diese eine echte Lenkungswirkung entfaltet werden kann. Außerhalb der vergleichsweise kleinen Stuttgarter „City“ Zone sind die Gebühren jedoch stadtweit mit 1,10 Euro pro Stunde spottbillig. Dazu gibt es in diesen Zonen die Möglichkeit, die ersten 30 Minuten kostenlos zu parken. Damit bleibt das eigene Auto am Rand der Stuttgarter Innenstadt nach wie vor das attraktivste Verkehrsmittel.

Vergleich europäische Städte

Andere europäische Städte setzen bereits auf Kurzzeitparkgebühren mit echter Lenkungswirkung. In Paris etwa kostet eine Stunde Parken mindestens 4 Euro. In Amsterdam und Oslo betragen die Gebühren bis zu 7,50 Euro, in London bis zu 9,90 Euro pro Stunde.



Foto: stock.adobe.com/Gina Sanders

Stand Mai 2023, Datengrundlage 2022

 Deutsche Umwelthilfe

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Tel.: 030 2400867-0

Ihre Ansprechpartner:innen

Robin Kulpa
Stellvertretender Bereichsleiter
Verkehr und Luftreinhaltung
Tel.: 030 2400867-751
E-Mail: kulpa@duh.de

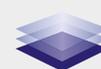
Anna-Lena Hahn
Referentin
Verkehr und Luftreinhaltung
Tel.: 030 2400867-736
E-Mail: a.hahn@duh.de

www.duh.de [@ info@duh.de](mailto:info@duh.de)  [umwelthilfe](https://www.duh.de)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucher-schutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende: www.duh.de/spenden

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

Abfrage der stündlichen Parkgebühren in über 100 Städten

